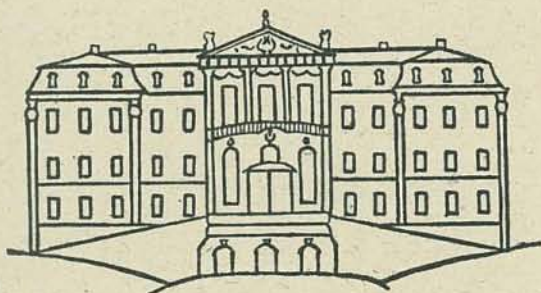


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

40 Jahre CDU

Geschehnisse und Erkenntnisse
aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte



226

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

40 Jahre CDU

Geschehnisse und Erkenntnisse
aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte

1984

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Am 26. Juni 1945 wurde in Berlin der Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands unterzeichnet. „Aus heißer Liebe zum deutschen Volk“ rief dieses Dokument „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“, um den damaligen „Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“ überwinden zu helfen und „den Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt zu gehen“.

Am Anfang dieses Weges stand im Mai 1945 der Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbundenen Nationen über den deutschen Faschismus, die Befreiung unseres Volkes von der Nazidiktatur. Das war nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das weltgeschichtlich wichtigste Ereignis dieses Jahrhunderts. Der Sieg der Sowjetunion in ihrem Großen Vaterländischen Krieg gegen die faschistischen Aggressoren bewies die historische Überlegenheit des Sozialismus und hatte weitreichende Auswirkungen auf den weltweiten Kampf der Völker um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt. Er eröffnete unserem Volk die Möglichkeit, einen neuen Weg zu beschreiten: den Imperialismus und Militarismus auf deutschem Boden radikal zu beseitigen, einen Staat des Friedens und der Demokratie zu errichten, fortan im Einklang mit dem Grundgesetz unserer Epoche zu handeln — der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Nie werden wir den heldenmütigen Kampf des Sowjetvolks im zweiten Weltkrieg, nie werden wir die 20 Millionen Opfer vergessen, die in diesem Kampf gegen die faschistische Weltgefahr ihr Leben lassen mußten. Der Sieg der Sowjetunion war die geschichtliche Voraussetzung des Wirkens der deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräfte für den Neuaufbau unserer Heimat — die Voraussetzung auch dafür, daß unsere Partei gegründet werden und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Neubeginn erbringen konnte.

Anknüpfen konnte die junge Partei an das verpflichtende Erbe vieler christlicher Kämpfer gegen den Faschismus. Bereits der Gründungsaufwurf beruft sich auf ihr Vermächtnis, auf die „Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes“, die unter dem Hitlerterror „litten und starben“. Drei grundlegende Erkenntnisse waren bei zahlreichen christlichen Hitlergegnern im Widerstand gegen das Naziregime gewachsen und gereift — Erkenntnisse, die wesentlich über die Programmatik der meisten früher in Deutschland bestehenden Parteien und politischen Gruppierungen von Christen hinauswiesen.

Lehren der Vergangenheit

Die erste dieser Erkenntnisse besagte: Nur wenn das öffentliche Leben und die sozialökonomische Struktur von Grund auf umgestaltet werden, können die Wurzeln von Faschismus und imperialistischem Krieg beseitigt, können dem gesellschaftlichen Dasein unseres Volkes neue Züge verliehen werden. Deshalb forderte der Gründungsaufwurf, „für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern“, also das Finanzkapital auszuschalten. Bodenschätze sollten „in Staatsbesitz übergehen“, wurde dort verlangt, und weiter hieß es: „Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“ Ferner wurde „eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung“ in Aussicht gestellt, die „unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes“ ermöglicht werden sollte — also eine Bodenreform. Der „Aufbau unseres Wirtschaftslebens“ sei künftig „in straffer Planung durchzuführen“.

Die zweite Schlußfolgerung aus der Vergangenheit bezog sich auf das Verhältnis zwischen den fortschrittlichen Kräften selbst. Das Gründungsdokument sprach sich für „die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte“ aus und rief dazu auf, „alles Trennende zurücktreten zu lassen“. Es kennzeichnete die CDU als eine Partei, „die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will“. Aus solchen Grundsätzen sprach die geschichtlich gebotene Einsicht, daß an die Stelle früherer Zersplitterung der demokratischen Kräfte, die dem deutschen Faschismus den Weg an die Schalthebel der Macht erleichtert hatte, nun die Gemeinsamkeit aller derer treten mußte, die willens und fähig waren, unserem Volk den Weg in eine friedliche und wahrhaft demokratische Zukunft zu eröffnen.

Die dritte und ebenso wichtige Konsequenz aus den Jahren der Nazityrannei — ebenfalls geboren und erhärtet im antifaschistischen Widerstand — bezog sich auf das Verhältnis zur Arbeiterklasse. „Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“, bekannte der Gründungsaufwurf. Er begrüßte „die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte“ und stellte fest: „Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden.“ Gewiß wurde damit noch nicht die führende Rolle

anerkannt, die der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei in unserer Epoche gesetzmäßig zukommt; wohl aber führten solche Aussagen schon wesentlich über die Ansichten hinaus, die vordem in christlich geprägten bürgerlichen Parteien in Deutschland vorherrschend gewesen waren.

Alles in allem bezeugte das Berliner Gründungsdokument unserer Partei also den Willen und die Bereitschaft christlicher Demokraten, Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen, ehrlich an der Lösung der damals vordringlichen gesellschaftlichen Aufgaben mitzuwirken und dadurch christlichen Bürgern den Weg in eine lebenswerte Zukunft zu weisen. Das drückte sich im Text dieses Aufrufs nachhaltig in dem Gelöbnis aus, im Blick auf das unselige Erbe des deutschen Imperialismus und Faschismus „alles bis zum Letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“. Eindrucksvoll bekundete dieses Dokument die große Aufbruch- und Umbruchstimmung, die damals das Wollen und Handeln weiter Kreise in unserem befreiten Volk bestimmte: „Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“

Kraft aus dem Bündnis, Kraft für das Bündnis

In wichtigen Grundanliegen stimmte der Inhalt des Gründungsaufrufs der CDU in bemerkenswerter Weise mit Zielen überein, auf die der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 orientiert hatte. Er forderte, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und mit dem Faschismus für immer Schluß zu machen. Er wies den Weg zum Aufbau eines antifaschistischen, friedliebenden Deutschlands in Gestalt einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk und zu einem engen Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften. Ähnliche Grundaussagen enthielten auch der Aufruf des SPD-Zentralausschusses vom 15. Juni 1945 und der drei Wochen später veröffentlichte Gründungsaufwurf der LDPD. Damit war schon im Sommer 1945 die Möglichkeit gegeben, einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu bilden, der berufen und imstande war, den Willen aller fortschrittlichen Kräfte zur demokratischen Erneuerung unseres Landes auszudrücken und durchzusetzen.

Daß ein solcher Neuanfang auch in weiten Kreisen der parteilosen christlichen Bevölkerung und nicht zuletzt von kirchlichen Amtsträgern als notwendig erachtet wurde, erwiesen übrigens die Grundtendenzen in den kirchlichen „Schuldbekenntnissen“ im Jahr 1945, die im August von den deutschen katholischen Bischöfen in Fulda und im Oktober des gleichen Jahres vom Rat der sich seinerzeit bildenden Evangelischen Kirche in Deutschland auf seiner Stuttgarter Tagung abgegeben wurden.

So war es nur erklärlich, daß der Gründungsaufwurf der CDU sehr bald in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und weit darüber hinaus ein lebhaftes und zustimmendes Echo fand. An vielen Orten, in den Kreisen und Ländern bildeten sich Gründungsausschüsse der jungen Partei, die das Berliner Dokument teils unverändert oder dem Sinne nach übernahmen, teils mit eigenen Aussagen ergänzten, die aber alle auf der gleichen Grundlinie lagen: Das Leben unseres Volkes mußte in vereinter Arbeit aller demokratischen Kräfte und in konsequenter Absage an Imperialismus, Militarismus und Faschismus neugestaltet werden. Die erklärte Absicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend in antifaschistisch-demokratischem Sinne umwälzen zu helfen, war ausschlaggebend für das Wollen und Wirken aller der Zukunft zugewandten Kräfte in den Reihen unserer Partei.

Andererseits machten sich allerdings auch hemmende Einflüsse bemerkbar. Die Gründungsausschüsse, aus denen sich dann die ersten Vorstände in den Parteiverbänden entwickelten, waren – beginnend beim Berliner Gründerkreis – in sozialer und politischer Hinsicht durchaus nicht einheitlich zusammengesetzt. Mitglieder der verschiedensten Parteien aus der Zeit der Weimarer Republik gehörten ihnen an, aber auch viele, die sich politisch zuvor noch gar nicht aktiv betätigt hatten. Auf gesellschaftlichem Neuland mußten sie Erfahrungen sammeln und in der Praxis lernen, miteinander und zugleich mit den anderen demokratischen Kräften zusammenzuwirken. Doch auch die großbürgerliche Reaktion hatte stellenweise ihre Interessenvertreter in den Reihen der CDU; beispielsweise wirkten ausgesprochene Repräsentanten des Großkapitals zeitweise direkt auf den Berliner Gründerkreis ein. Daß die damalige Parteiführung den Charakter der CDU nicht nur als „Union aller Konfessionen“, sondern im Sinne eines „dritten Weges“ auch als „Union aller Klassen und Schichten“ bestimmen wollte, konnte über die gegensätzlichen Interessen und politischen Ziele von vorwärtsdrängenden und rückwärtsgewandten Kräften in der Partei naturgemäß nicht auf die Dauer hinwegtäuschen.

Konflikte waren also bei dieser Lage der Dinge unvermeidlich — Konflikte innerhalb der Parteiverbände und ihrer Vorstände, aber auch Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Dabei wirkte sich förderlich aus, daß die Arbeiterklasse und ihre im April 1946 gebildete einheitliche, revolutionäre Partei ebenso wie die sowjetischen Besatzungsbehörden solche Auseinandersetzungen mit viel Verständnis für die Grundanliegen der fortschrittlichen christlichen Demokraten begleiteten. Das half uns sehr, in den damaligen innerparteilichen Kämpfen am Geist des Gründungsaufrufs festzuhalten, die rückschrittlichen Kräfte zurückzudrängen und schließlich zu überwinden.

Vor grundlegenden Entscheidungen

Mit dem Gründungsaufwurf war deutlich geworden: Erstmals in der deutschen Parteiengeschichte vereinten sich nun in der CDU christliche Demokraten, die an der Seite aller anderen fortschrittlichen Volkskräfte für Frieden und Demokratie, für eine durchgreifende Neuordnung wirken wollten. Das war damals für die übergroße Mehrheit der Mitglieder, wie ich aus eigener Erinnerung noch gut weiß, der Beweggrund für den Beitritt zu unserer jungen Partei. Den Kurs, der im Gründungsaufwurf vorgezeichnet war, galt es nun im Ringen um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung innezuhalten und mit Leben zu erfüllen — im Ringen um eine Ordnung, die den Lehren der Geschichte und den Erfordernissen der damaligen Lage entsprach. Auf der Tagesordnung standen die Aufgaben, die Besitz- und Machtverhältnisse zu verändern und damit zugleich die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens der Siegermächte über ein entmilitarisiertes und entmonopolisiertes, entnazifiziertes und demokratisiertes Nachkriegsdeutschland zu verwirklichen, das gemeinsame Vorgehen aller progressiven Kräfte unter Vorantritt der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu entwickeln und an die Stelle alter nationalistischer Überheblichkeit, faschistischer Ideologie und antikommunistischer Hetze der Reaktion das Bekenntnis zur Freundschaft der Völker zu setzen, insbesondere zur Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.

Nun muß man sich vergegenwärtigen, unter welchen Umständen diese Aufgaben damals in Angriff zu nehmen waren. Wir waren von Trümmern umgeben, von der materiellen und geistigen Hinterlassenschaft des Faschismus und des von ihm verursachten verheerenden Krieges. Oft fehlte es am Nötigsten; Hunger und Kälte machten uns zu schaffen, dazu viel-

fach Stimmungen der Resignation oder der Skepsis bei Menschen, die mit der Vergangenheit noch nicht fertig geworden waren. Wir selbst waren in vieler Hinsicht noch auf der Suche nach den Wegen, die geeignet waren, aus dem Erbe dieser Vergangenheit herauszuführen; aber einig waren wir uns darin: Nicht Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung konnten weiterhelfen, sondern nur entschlossener Aufbauwille — und dieser Wille war da. Er leitete uns bei unserer Arbeit in der CDU, bei unserer Aktivität in den damals entstehenden antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungsorganen und Massenorganisationen, in den Betrieben oder in der Landwirtschaft, den Schulen und Universitäten, die damals ihre Pforten wieder oder neu öffneten.

Innerhalb unserer Partei schieden sich die Geister nun allerdings an der Frage: Sollte dieser Aufbau ein Wieder- oder ein Neuaufbau sein? Zurück zum bürgerlichen Parlamentarismus oder vorwärts zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung? Zurück zu Weimar oder gar noch weiter in die Vergangenheit — oder vorwärts zu tiefgreifenden sozialökonomischen und politischen Umgestaltungen, wie sie nach dem offensichtlichen Bankrott des deutschen Imperialismus unumgänglich waren? Zurück zur Monopolherrschaft oder voran zur Arbeiter- und Bauern-Macht? Wiederkehr des Vorgestrigen, des historisch Überholten und Überlebten — oder echter Neubeginn? Mit anderen Worten: Würde es reaktionären Kräften gelingen, unsere Partei zu einem Instrument der Restauration alter Gesellschaftszustände umzufunktionieren, wie sie in den Westzonen Deutschlands von den wiedererstarkenden Monopolen und bürgerlichen Politikern im Verein mit den westlichen Besatzungsmächten angestrebt wurde — oder würden sich die nach vorn orientierten christlichen Demokraten durchsetzen, die sich schon damals allerorten als Mitstreiter der anderen demokratischen Kräfte im Ringen um Frieden und Demokratie, um gesellschaftlichen Fortschritt zu bewähren begannen?

Das war die Erscheinungsform, in der sich innerhalb unserer Partei der Kampf um die Lösung der Frage „Wer — wen?“ vollzog. Die fortschrittlichen Kräfte in ihren Reihen fanden Rückhalt in der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, deren Zentraler Ausschuß am 14. Juli 1945 auf Initiative der KPD gebildet worden war; Einheitsfront-Ausschüsse in den Ländern und Kreisen, den Städten und Gemeinden folgten. Die Einheitsfront — Vorläuferin des Demokratischen Blocks — spielte eine wichtige Rolle bei den demokratischen Umgestaltungen, die nun Schritt für Schritt vollzogen wurden. Dagegen wollten reaktionäre Führungs-

kreise in der CDU unsere Partei mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe die antifaschistisch-demokratische Entwicklung abzubremsen und zurückzudrehen. Ihren ersten Vorstoß richteten sie gegen die demokratische Bodenreform.

Erfolgreiche Bewährung

Diese erste grundlegende Maßnahme der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war im September 1945 auf Vorschlag der KPD im Zentralen Ausschuß der Einheitsfront beschlossen worden. Die CDU-Mitglieder und Parteivorstände in den Ländern der seinerzeitigen sowjetischen Besatzungszone wirkten verantwortungsbewußt daran mit, die Bodenreform durchzuführen. Im Zentralen Ausschuß der Einheitsfront hatte die CDU ihr zunächst zugestimmt; dann jedoch versuchten einige ihrer führenden Vertreter, ihre Verwirklichung zu sabotieren. Damit stellten sie sich in offenkundigen Gegensatz zu den Parteimitgliedern und lösten deren Protest aus. Im Dezember 1945 sahen sich jene Führungskräfte schließlich genötigt, ihr Spiel aufzugeben und abzutreten. Die Scheinargumente, mit denen sie ihre Manöver hatten begründen wollen — die veränderten Eigentumsverhältnisse in den Dörfern würden die Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe schwächen und damit die Ernährung des Volkes gefährden —, wurden durch die nachfolgende Entwicklung eindeutig widerlegt; allein von 1949 bis 1983 erhöhte sich in unserer Republik die Produktion beispielsweise von Getreide auf das 2,1fache, von Schlachtvieh um das 7fache, und 1984 erreichten wir die bisher höchsten landwirtschaftlichen Erträge und Leistungen.

Die nächste Auseinandersetzung ergab sich in der Frage nach der künftigen Struktur der Industrie in der damals sowjetisch besetzten Zone. Die deutschen Monopolherren — Auftraggeber und Finanziers sowohl der kaiserlich-deutschen Politiker wie auch der Nazipartei — hatten unser Volk und die anderen Völker Europas in zwei Weltkriege gestürzt und deren katastrophale Folgen in entscheidendem Maße verschuldet. Das allgemeine Verlangen, diese Kräfte zu enteignen und zu entmachten, drückte sich unverkennbar im sächsischen Volksentscheid vom 30. Juni 1946 aus, als sich mehr als drei Viertel aller Abstimmungsteilnehmer dafür aussprachen, die Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Der sächsische CDU-Landesvorstand hatte unter dem Eindruck der Mehr-

heit der Parteimitglieder, die zur Mitarbeit an dieser Maßnahme entschlossen waren, eine positive Haltung dazu bezogen. Auch die Kirchen hatten in ihren Erklärungen dazu den Willen des Volkes unterstützt.

Ihm konnten sich auch die reaktionären Kreise in damaligen CDU-Führungspositionen nicht offen widersetzen; aber im nachhinein versuchten sie immer wieder mit den verschiedensten Methoden, das nun geschaffene Volkseigentum in Frage zu stellen. So versuchten sie beispielsweise, eine Reihe von Einzelbetrieben nachträglich wieder reprivatisieren zu lassen. Unentwegt behaupteten sie, gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln stehe der Initiative der arbeitenden Menschen entgegen; auch hier hat die Praxis längst den Gegenbeweis erbracht — schon bis 1950 hatte die Produktion den Vorkriegsstand im wesentlichen wieder erreicht, und seither hat unsere Industrie ihre Erzeugung auf etwa das 13fache gesteigert. Gerade weil das, was des Volkes Hände schaffen, bei uns auch des Volkes eigen ist, sind alle Voraussetzungen für ein stetiges Wachstum der Arbeitsproduktivität und der volkswirtschaftlichen Effektivität gegeben. Christliche Demokraten sind an dem stabilen und dynamischen Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft, um den uns kapitalistische Industrieländer beneiden, in beträchtlichem Maße beteiligt; hier kann sich christliches Arbeitsethos entfalten und bewähren, ohne auf die Schranken der Ausbeutergesellschaft zu stoßen.

Schon in jenen Nachkriegsjahren, als dafür in harter Arbeit die Grundlagen gelegt wurden, waren Mitglieder unserer Partei in großer Zahl unter denen, die vorangingen, als es galt, die Produktion wieder in Gang zu setzen und schrittweise zu steigern. Ihren ehrlichen Aufbauwillen, ihr oft in christlich-sozialen Vorstellungen wurzelndes Traditionsbewußtsein, ihr Verlangen nach gesellschaftlicher Neugestaltung versuchte die innerparteiliche Reaktion zu verfälschen und zu mißbrauchen, indem sie Theorien von einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ konzipierte und sie in polemischer Absicht dem wissenschaftlichen Sozialismus als Scheinalternative entgegenstellte. Auch das gehörte zu den Mitteln und Methoden, mit denen sie die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im ökonomischen Bereich behindern und die fortschrittlichen Kräfte auseinandermanövrieren wollte. Gleichzeitig unternahm sie 1946/47 direkte Versuche, die Zusammenarbeit in der Einheitsfront der demokratischen Parteien aufzukündigen, und bemühte sich, die Mitarbeit von Unionsfreunden in den Massenorganisationen zu verhindern.

Doch unaufhaltsam wuchs in den Reihen unserer Partei die durch viele praktische Erfahrungen bestätigte Einsicht, daß die Größe der zu lösenden Aufgaben gebieterisch das Zusammenstehen und Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte verlangte. Diese Zusammenarbeit ließ schon damals ein immer tiefer gegründetes Vertrauen auch der progressiven christlichen Demokraten zu den Freunden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wachsen. Mit der Gründung der einheitlichen Kampfpartei der Arbeiterklasse auf marxistischer Grundlage — das erwies sich für uns deutlich schon in den ersten Jahren ihres Bestehens — war ein festes Zentrum, ein starker Kristallisationskern für die Zusammenarbeit im Demokratischen Block und in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens entstanden. Das Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit bei der Lösung aller Grundfragen der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung war stärker als das Bemühen reaktionärer Kräfte innerhalb der CDU, das Fundament dieser Zusammenarbeit zu erschüttern oder gar zu zerstören.

Die Kraft dieser Gemeinsamkeit erlebte ich gleich vielen anderen Unionsfreunden schon in der ersten Nachkriegszeit in der Freien Deutschen Jugend. Sie wurde 1946 als einheitliche Organisation der jungen Generation gegründet, um die Interessen aller Schichten der Jugend — unabhängig von sozialer Herkunft und Stellung der Jugendlichen, von ihrer Weltanschauung oder ihrem religiösen Bekenntnis — zu vertreten und um die gesamte Jugend für die verantwortliche Mitarbeit am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zu gewinnen. Das entsprach den Lehren aus der Geschichte der deutschen Jugendbewegung, weil die frühere politische und organisatorische Zerklüftung den Lebensinteressen der jungen Generation geschadet hatte. Auch die Kirchen verzichteten nach dem Ende des zweiten Weltkriegs ausdrücklich darauf, bei uns eigene Jugendorganisationen zu bilden. Im Studentenrat der Universität Halle und dann in Leitungen der Freien Deutschen Jugend, so in den 50er Jahren im Zentralrat unter Vorsitz von Erich Honecker, erlebte ich selber, daß die Aktivität im Jugendverband sich fruchtbringend auch auf unsere Arbeit innerhalb der CDU auswirkte, den eigenen Klärungsprozeß förderte und dem gesellschaftlichen Ganzen nutzte. Das ist bis heute so geblieben und wird sich auch künftig als richtig erweisen.

Das Prinzip der Einmütigkeit aller gesellschaftlichen Kräfte, die für eine friedliche Zukunft unseres Volkes, für ein

demokratisches und fortschrittliches Deutschland wirkten, bestand eine entscheidende Bewährungsprobe, als Ende 1947 auf Vorschlag der SED die Volkskongreßbewegung ins Leben gerufen wurde. In der CDU hatte die innerparteiliche Reaktion den Kurs, mit dem sie sich dem Werden und Wachsen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entgegenstemmen wollte, häufig mit einer angeblich notwendigen Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in den Westzonen und auf später zu erwartende „gesamtdeutsche Regelungen“ für Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur zu bemänteln gesucht. Doch schon in jener Zeit zeichnete sich immer deutlicher ab, daß in den westlichen Besatzungsgebieten ein Sonderweg — weg vom Potsdamer Abkommen, hin zur Wiederherstellung der alten Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse — beschritten wurde, der den Absichten und Grundinteressen der demokratischen Kräfte unseres Volkes widersprach. Um die damit drohende Spaltung Deutschlands zu verhindern und seine demokratische Einheit zu erkämpfen, entstand auf Initiative der SED die Volkskongreßbewegung als Sammlung aller patriotischen Kräfte. Ihr Ruf zum gemeinsamen Widerstand gegen die imperialistische Politik der wirtschaftlichen und staatlichen Zerreißung fand bei der großen Mehrheit der CDU-Mitglieder im Osten Deutschlands, aber auch bei einer Reihe christlicher Demokraten in den westlichen Besatzungszonen lebhaften und zustimmenden Widerhall.

Der Sieg der fortschrittlichen Kräfte

Als reaktionäre Kreise in der Berliner CDU-Führung sich diesem Appell versagten, scharte Otto Nuschke — seinerzeit Mitglied des Hauptvorstandes — die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Partei um sich und machte sich auf dem 1. Deutschen Volkskongreß zu ihrem Sprecher. Gemeinsam mit ihm nahmen 218 weitere Unionsfreunde an diesem Kongreß teil. Damit sicherten sie — gestützt auf die Bereitschaft ungezählter Mitglieder zur Mitarbeit — die Kontinuität des politischen Wirkens unserer Partei. Die widerstrebenden Kräfte mußten aufgeben; damit hatte die Reaktion innerhalb und außerhalb der Partei eine weitere entscheidende Niederlage erlitten. Abermals bestätigte sich: Die Geschichte der CDU wurde und wird von ihren aufbauwilligen Mitgliedern geschrieben — nicht von jenen, die in ihren Reihen potentielle Bundesgenossen für den Widerstand gegen den gesellschaftlichen Fortschritt finden wollten.

In dieser Auseinandersetzung der progressiven mit den reaktionären Kräften innerhalb unserer Partei gelang es, auch anfänglich noch schwankende oder zögernde Freunde für unsere Sache zu gewinnen. Wir selbst, die wir ja damals auf Schritt und Tritt ebenfalls Neuland betraten, lernten in diesem Kampf fortwährend und allenthalben – nicht nur theoretisch, sondern vor allem in der praktischen gesellschaftlichen Mitarbeit, in der Auseinandersetzung mit entgegenstehenden Kräften und nicht zuletzt im Zusammenwirken mit den Freunden von der SED. Gerade dafür bot nun das Mit-einander aller demokratischen Kräfte in der Volkskongreßbewegung neue Möglichkeiten. Hier weitete sich die schon in den Anfängen erprobte Blockgemeinschaft mehr und mehr zu einer kameradschaftlichen Gemeinsamkeit aller wahrhaft patriotischen Kräfte aus. Wir lernten gerade in den Auseinandersetzungen um die nationale Frage, Freunde und Gegner immer klarer voneinander zu unterscheiden. Wir erkannten mit zunehmender Deutlichkeit, daß Marxisten uns im Ringen um die demokratische Erneuerung unseres Landes weitaus näher standen als beispielsweise so mancher „christliche Politiker“ in den Westzonen. Die Erkenntnisse, die in jenen Jahren des antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs erarbeitet wurden, und die Prinzipien, die sich damals als richtig bestätigten, blieben politisch konstitutiv und richtunggebend auch für die folgenden Jahre und Jahrzehnte des Wachstums und Reifens der DDR – für die gesellschaftliche Praxis in unserem Lande ganz allgemein, aber namentlich auch für unser Wirken in der CDU, für ihre Entwicklung zu einer Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Politisch äußerte sich dieser Wachstums- und Reifeprozess auch darin, daß wir christlichen Demokraten bereits in der Zeit vor der Gründung der DDR schrittweise eine neue Einstellung zur Sowjetunion gewannen. Realistische Politik im Sinne wohlverstandener nationaler Interessen gebot ein gut-nachbarliches Verhältnis zum Sowjetland – diese Einsicht hatte vernünftige bürgerliche Politiker schon früher dazu bewogen, für friedliche und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen mit der UdSSR einzutreten. Nun jedoch hatten wir der Sowjetunion in ausschlaggebendem Maße die Befreiung unseres Volkes und damit die Möglichkeit zu eigener demokratischer Aktivität zu verdanken, bei der uns sowjetische Freunde ratend und helfend zur Seite standen. Uns öffnete sich der Blick dafür, daß die Sowjetunion die stärkste Friedensmacht in Europa, daß sie Kraftzentrum für den Kampf der fortschrittlichen Bewegungen in aller Welt war und ist. Wir lernten zu begreifen, daß den Erfahrungen des Sowjetvolks bei

der revolutionären gesellschaftlichen Umgestaltung internationale Bedeutung zukommt. All das bestärkte uns in der Überzeugung, daß Freundschaft mit der Sowjetunion nicht allein ein realpolitisch bedingtes Lebenserfordernis für wahrhaft nationale Politik ist, sondern gleichzeitig und vornehmlich auch Orientierungshilfe für den eigenen Willen darstellt, den gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Raum durchzusetzen.

Mitbegründer der Weltfriedensbewegung

Die imperialistischen Westmächte hatten ihrerseits sehr bald nach dem Ende des zweiten Weltkriegs dem Geist der Antihitlerkoalition den Abschied gegeben und den kalten Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die damals einsetzende Herausbildung des sozialistischen Weltsystems eröffnet. Mit ihrer „Politik der Stärke“, vor allem auf das vermeintliche Atomwaffenmonopol der USA gestützt, bedrohten sie den Frieden. Im Kampf gegen die anwachsende Gefahr eines neuen Krieges formierte sich die Weltfriedensbewegung, die im April 1949 zu ihrem ersten Kongreß in Paris und Prag zusammentrat. Friedensanhänger der unterschiedlichsten politischen, sozialen und weltanschaulichen oder religiösen Herkunft nahmen daran teil, darunter zahlreiche namhafte Vertreter des kirchlichen Lebens und andere christliche Persönlichkeiten – so auch Otto Nuschke, der auf dem 3. Parteitag der CDU im September 1948 zum Vorsitzenden unserer Partei gewählt worden war. Zusammen mit vielen anderen Unionsfreunden und parteilosen Christen gehörte er zu den Pionieren der Friedensbewegung in unserem Land. Seitdem leistet die CDU ihre Arbeit für den Frieden zugleich als ihren Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Friedensbewegung.

Zunächst hielten sich die Kirchenleitungen gegenüber der Friedensbewegung zurück; einige leitende Repräsentanten der Kirchen setzten ihr sogar Widerstand entgegen. Wer sich als Christ oder gar als Geistlicher mit den Zielen der Friedensbewegung identifizierte und in ihren Reihen mitarbeitete, wurde beargwöhnt und nicht selten kirchenoffiziell gemäßregelt. Das Evangelium meine einen anderen Frieden als jenen, den die Friedensbewegung vertrete und verteidigen wolle, hieß es dazu von kirchlicher Seite. So wurde der Frieden – oder das, was damals noch weithin in Theologie und Kirche darunter verstanden wurde – auf den Bereich individueller Frömmigkeit eingegrenzt.

Heute hat sich bei den Kirchen und Glaubensgemeinschaften

ten nicht nur in unserem Lande, sondern weltweit die Lage wesentlich verändert. Das ist in bestimmtem Maße gewiß auch dem Wirken unserer Partei und vieler anderer christlicher Persönlichkeiten zu danken, die gerade in der Frage des Friedens mit uns eines Sinnes sind. Weitgehend zum Allgemeingut ist heute auch in kirchlichen Kreisen die Überzeugung geworden: Frieden zu halten und Frieden zu stiften gehört unabgebbar zu den Wesensmerkmalen christlicher Existenz — und zwar nicht nur im privaten, sondern auch und gerade im gesellschaftlichen Bereich. Immer größer wird die Zahl jener christlicher Persönlichkeiten, die durch ihr Engagement in der weltumspannenden Bewegung gegen imperialistische Hochrüstung- und Konfrontationspolitik ihre Gewißheit bezeugen: Daß Christen auf den Frieden verpflichtet, daß sie gerufen sind, für ihn einzutreten, gilt jetzt erst recht — in einer Zeit, in der nukleare Massenvernichtungsmittel alles Leben bedrohen und in der ihr Einsatz den Fortbestand der Menschheit in Frage stellen würde.

In zunehmendem Maße setzt sich bei Christen in unserem Lande wie in anderen Ländern auch die Erkenntnis durch: Der Sozialismus ist von seinem Wesen her die Ordnung des Friedens. Weil er seinen Sinn darin erblickt, durch beständigen und dynamischen volkswirtschaftlichen Leistungs- und Effektivitätszuwachs das materielle und geistige Wohl der Menschen zu fördern, und weil sich dieses zutiefst humanistische Anliegen nur im Frieden verwirklichen läßt, ist ein beständiger Frieden das vordringlichste Anliegen jeglicher Außen- und Sicherheitspolitik sozialistischer Staaten. Die sozialistische Gesellschaft, die ausschließlich auf friedliche Ziele orientiert ist, kann keinen Krieg gebrauchen — ja, mehr noch: sie ist der geborene Verteidiger des Friedens für die Völker. In ihr existiert keine Klasse oder Schicht, die an Kriegsvorbereitung oder Krieg auch nur das mindeste verdienen würde — im Gegenteil: hier bestimmen jene Klassen und Schichten den Kurs des Staates, die im Krieg alles zu verlieren, jedoch im Frieden alles zu gewinnen haben.

Ein Wendepunkt in der deutschen und europäischen Geschichte

Als deutscher Friedensstaat wurde die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 gegründet. Von vornherein wurde sie von allen gesellschaftlichen Kräften getragen, die in der Volkskongreßbewegung für ein demokratisches

Deutschland gekämpft hatten. Die Gründung der DDR war ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes und Europas. Zum erstenmal gewann dauerhaft staatliche Gestalt, was den deutschen Demokraten und Humanisten — von den Kämpfern der frühbürgerlichen Revolution bis zu den Linken in der deutschen Arbeiterbewegung — als Ziel vorangeleuchtet hatte: ein deutsches Staatswesen, das seinem schaffenden Volk eine gute, menschenwürdige Heimstatt ist und von dessen Boden nicht Krieg, sondern Frieden ausgeht.

Die Gründung der DDR bezeichnete den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Etappe des einheitlichen revolutionären Prozesses in unserem Lande. Die CDU, die bis dahin bereits erfolgreich in den örtlichen Organen der antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltung bis hin zu den Landtagen und Landesregierungen in der sowjetischen Besatzungszone mitgearbeitet hatte, übernahm nun als Regierungspartei aktiv Mitverantwortung für die junge Republik. Viele zehntausend Unionsfreunde trugen in den Volksvertretungen und im Staatsapparat, in den Ausschüssen der nun entstehenden Nationalen Front, in den Massenorganisationen und vor allem durch ihre Leistungen in der Wirtschaft wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen diese Verantwortung freudig und aktiv mit.

Allerdings zeigte sich in den folgenden Monaten noch einmal, daß eine Reihe von Mitgliedern — auch solche in leitenden Funktionen — der Größe der neuen Aufgaben politisch nicht gewachsen waren; sie trennten sich von der DDR, oder die Partei trennte sich von ihnen. Doch insgesamt konnte das den Sieg der fortschrittlichen Kräfte nun schon nicht mehr aufhalten, sondern dieser Kampf förderte ihren endgültigen Durchbruch. Gekrönt und besiegelt wurde ihr Triumph über die Reaktion auf dem 5. Parteitag der CDU im September 1950. Ein weiteres Mal bestätigte sich in dieser letzten großen innerparteilichen Auseinandersetzung: Nicht durch Kompromisse auf der Linie eines vorgeblichen „dritten Weges“, sondern nur durch zielklares Festhalten am Geist des Gründungsauftrags und an den seither gesammelten politischen Erfahrungen vermögen wir der Partei und dem gesamtgesellschaftlichen Fortschritt zu dienen. In dem vorangegangenen Jahrfünft hatten wir einen festen Standort gewonnen, der uns die Möglichkeit gab, unseren Platz im umfassenden Bündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit allen anderen progressiven Kräften richtig zu erkennen und schöpferisch auszufüllen. Von diesem Standort aus konnten wir nun weiterschreiten, konnten wir uns als Mitgestalter des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates bewähren.

Als im Juli 1952 die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der DDR proklamierte, war der Prozeß der innerparteilichen Klärung bei uns schon so weit vorangeschritten, daß wir diesen Beschluß mitvollziehen und mitverwirklichen konnten, ohne daß es — wie bei früheren einschneidenden Ereignissen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande — zu tiefgreifenden Erschütterungen, zu Konflikten mit reaktionären Kräften in der Partei gekommen wäre. Mit unserem Ja zur Mitarbeit am sozialistischen Aufbau verbanden wir unser Ja zur führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Damit zogen wir die Summe aus den vielfältigen praktischen Erfahrungen, die wir bereits sieben Jahre hindurch als Weggefährten dieser Partei gesammelt hatten, und bereiteten zugleich den Weg zu künftig noch wirksamerer Aktivität der christlichen Demokraten bei der Errichtung der neuen Gesellschaft. Die Bündniskameraschaft aller gesellschaftlichen Kräfte, die — geführt von der Partei der Arbeiterklasse — in der Nationalen Front der DDR die Angehörigen aller Klassen und Schichten zu gemeinsamem Wirken für Sozialismus und Frieden vereinen, war und ist ein Kennzeichen des politischen Lebens in unserem Lande, eine der Voraussetzungen für die Stabilität der Arbeiter-und-Bauern-Macht, für das Gelingen der Politik zum Wohl des ganzen Volkes.

Die Zusammenarbeit im Demokratischen Block und in der Nationalen Front bewährte sich seither in guten wie auch in kritischen Tagen. Als im Juni 1953 die Konterrevolution den sozialistischen deutschen Staat attackierte, als im Herbst 1956 gegnerische Kräfte den realen Sozialismus in Europa etappenweise zu liquidieren versuchten — aber auch, als im August 1961 unsere Republik die Maßnahmen ergriff, die erforderlich waren, um dem Imperialismus den Weg nach Osten zu versperren: stets erwies sich das Bündnis der Parteien und Organisationen als tragfähig und dauerhaft, als eine sichere Gewähr für den Bestand und die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung, als eine wichtige Voraussetzung, um die Angehörigen aller Klassen und Schichten immer enger um die Politik unseres Staates zusammenschließen und die offensive Auseinandersetzung mit dem Imperialismus erfolgreich zu bestehen. In ihrem Verlauf bestätigte sich immer wieder, daß Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft ihm gegenüber geboten sind, damit seine aggressivsten Kreise mit ihren Absichten, den Sozialismus „zurückzurollen“, nicht zum Zuge kommen. In dieser Er-

kenntnis tragen die Mitglieder unserer Partei das Ihre dazu bei, die Verteidigungskraft unseres Staates stets auf dem gebotenen Stand zu halten; sie betrachten Waffendienst in sozialistischen Streitkräften als eine Form des heute geforderten Friedensdienstes.

Das Vertrauensverhältnis der christlichen Demokraten zur Partei der Arbeiterklasse hat sich ständig gefestigt und vertieft. Wir gehen von den gemeinsamen Anliegen und Zielen aus, in denen alle politischen und sozialen Kräfte unserer Gesellschaft unlöslich miteinander verbunden sind: von dem Streben nach sicherem Frieden, nach wachsendem Wohlergehen aller Bürger, gegründet auf den Anstieg der volkswirtschaftlichen und damit auch der sozialen Leistungsfähigkeit unseres Staates. Wir wissen seit langem, daß darin die Vorbedingung besteht, christliche Friedens- und Nächstenliebe im Einklang mit der Entwicklung des Gesellschaftsganzen in die Tat umzusetzen. Damit eröffnet der Sozialismus gänzlich neue soziale Dimensionen, solche ethischen Leitbilder zu verwirklichen, die für das persönliche und gesellschaftliche Handeln von Christen bestimmend sind. Diese Erkenntnis hat sich im Verlauf des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik immer aufs neue bewahrheitet.

Wertvollen Traditionen neue Leistungen hinzugefügt

Bei unserem Bestreben, diese Grundwahrheit immer weiteren christlichen Kreisen in unserer Republik bewußt zu machen, können wir an Grundwerte christlicher Ethik und an wertvolle Überlieferungen aus geschichtlicher Vergangenheit anknüpfen. Anfang der fünfziger Jahre begannen wir, in verstärktem Maße das historische Erbe zu erschließen, das friedliebende und fortschrittliche Christen früherer Generationen uns als verpflichtenden Auftrag hinterlassen haben. Von der frühen Christenheit bis in die Zeiten des antifaschistischen Widerstandes, der Kommunisten und Christen beider Konfessionen zusammen mit Vertretern anderer humanistischer Überzeugungen im Kampf gegen das verbrecherische Naziregime vereinte, reicht die Kette dieser unverlierbaren Traditionen, die unserem ganzen Volk gehören. Alle gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes — so führte Erich Honecker im Juni 1980 aus, als sich unter seinem Vorsitz in Berlin das Martin-Luther-Komitee der DDR konstituierte — würdigen „das Wirken und das Vermächtnis all derer, die zum Fortschritt, zur Entwicklung der Weltkultur beigetragen haben,

ganz gleich, in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden“. Zu diesen Traditionen, die unsere sozialistische Gesellschaft pflegt und auf neuer Ebene weiterführt, haben Christen in den sozialen, politischen und geistigen Kämpfen früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte Wesentliches und Bleibendes beigetragen.

Wir haben diese Traditionen nicht nur schöpferisch aufgenommen – wir haben ihnen inzwischen eine weitere Tradition hinzugefügt: die Tradition verantwortungsbewußten Handelns christlicher Demokraten für den Frieden, für den Aufbau und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik, die tief in dem gesamten progressiv-humanistischen und revolutionär-demokratischen Erbe des deutschen Volkes und der Menschheit wurzelt. Die Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten gesellschaftlicher Aktivität der christlichen Demokraten in unserem Lande, die das Antlitz unserer Republik mitgeformt hat, gehören unlöslich zu unserem Geschichtsbewußtsein, das seinerseits ein unverzichtbarer Kraftquell unseres Wirkens für gesicherten Frieden, für das Wohl unseres Volkes darstellt. Diese Lehren aus der Parteigeschichte an die Nachwachsenden weiterzugeben ist eine wichtige Aufgabe aller, die den Weg unserer Partei mitgegangen sind, ihre Entscheidungen mitgetragen und ihren Auftrag mitverwirklicht haben.

Unsere Parteigeschichte, das Werk ihrer Mitglieder

Die eigentlichen Verfasser der Geschichte unserer Partei sind ihre Mitglieder – die Freunde in den Ortsgruppen, in den Vorständen aller Ebenen, in erster Linie jene Mitglieder, die an der Basis unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens seit Jahren und oft schon seit Jahrzehnten vorbildlich ihre Pflicht tun und damit zugleich die Beschlüsse unserer Partei beispielgebend verwirklichen. Im sozialistischen Wettbewerb der Betriebe und Einrichtungen, in denen sie tätig sind, leisten sie Bedeutendes dafür, die volkswirtschaftlichen Planaufgaben zu erfüllen und zu überbieten. Im Gesundheits- und Sozialwesen, in Volksbildung und Kultur beweisen sie durch die Tat, daß christliche Demokraten das Ihre dafür tun, den Reichtum unserer Gesellschaft zu mehren. Als Volksvertreter oder hauptamtliche Staatsfunktionäre, in den Ausschüssen der Nationalen Front und im Mach-mit-Wettbewerb um schönere Städte und Gemeinden bezeugen sie die prinzipielle Übereinstimmung von Bürgerpflicht und

Christenpflicht in unserer Gesellschaft. Die Arbeit all dieser Freunde dient dem Ganzen, macht unserer Partei Ehre und wird gesellschaftlich hoch anerkannt.

Besonderen Dank verdient die ehrenamtliche Mitarbeit vieler tausend Mitglieder. Allein in den Vorständen unserer Partei sind mehr als 26 300 gewählte Unionsfreunde tätig. 17 635 CDU-Mitglieder sind als Abgeordnete oder Nachfolgekandidaten in Volksvertretungen aktiv daran beteiligt, unsere Staatsmacht zu festigen und die sozialistische Demokratie weiterzuentwickeln; hinzu kommen Tausende CDU-Mitglieder als berufene Bürger in ständigen Kommissionen der Volksvertretungen. 21 519 Mitglieder der CDU gehören Ausschüssen der Nationalen Front an – die Mitglieder von Arbeitsgruppen dieser Ausschüsse und die Freunde in den Leitungen von Hausgemeinschaften nicht mit eingerechnet. 2093 Unionsfreunde wirken als Schöffen, und 2235 Mitglieder setzen sich in den Schiedskommissionen dafür ein, die staatliche Rechtsordnung zu verwirklichen.

Entscheidenden Anteil hat die ehrenamtliche Mitarbeit unserer Freunde auch an den zahlreichen Vorschlägen, die unsere Vorstände gesellschaftlichen und staatlichen Leitungsorganen unterbreiten; allein in den fünf Jahren zwischen dem 14. und 15. Parteitag waren es 6249 Vorschläge, die überwiegend in Gesetzen und anderen staatlichen Beschlüssen ihren Niederschlag gefunden haben, und seitdem sind bis 1984 etwa 2700 Vorschläge, Anregungen und Hinweise hinzugekommen. Schon diese Beispiele verdeutlichen, wie unsere Partei ihre Mitverantwortung im Bündnis aller von der Partei der Arbeiterklasse geführten politischen Kräfte auffaßt und auf eigenständige Weise verwirklicht: durch eigenes Nachdenken, durch eigene Initiativen, durch eigene Mitarbeit, die sich auf die Erfahrungen aus der gesellschaftlichen Praxis stützt und den Gesamtprozeß der sozialistischen Entwicklung in unserem Lande fördert.

Politische Hilfe auf dem Weg in den Sozialismus

Besonders nennenswert ist bei einem geschichtlichen Rückblick auf diesen Prozeß der Anteil der CDU an dem Bestreben aller gesellschaftlichen Kräfte, die Angehörigen der mit der Arbeiterklasse verbündeten Klassen und Schichten an den Sozialismus heran- und in ihn hineinzuführen. Das gehört bekanntlich zu den wichtigsten, aber auch zu den am schwierigsten zu lösenden Aufgaben im Vollzug der sozialistischen

Revolution. In der Landwirtschaft, in Handwerk, Handel und Gewerbe wirken sich Denk- und Verhaltensweisen, die aus privatem Eigentum, aus jahrhundertealten Traditionen und früher häufig auch noch aus gegnerischen Versuchen ideologischer Einflußnahme herrühren, besonders lange und nachhaltig aus. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit überzeugender, geduldiger und dennoch zielstrebig politischer Arbeit mit den Angehörigen dieser Klassen und Schichten, damit sie ihrer Rolle als Bündnispartner der Arbeiterklasse entsprechen und voll in den Aufbau der neuen Gesellschaft einbezogen werden können. Angehörige dieser Bevölkerungskreise politisch-geistig für den Sozialismus zu gewinnen und gleichzeitig geeignete ökonomische Formen entwickeln und durchsetzen zu helfen, in denen sie sich aus eigenem Entschluß verantwortlich am sozialistischen Aufbau beteiligen können — darin erblickte unsere Partei seit Anfang der fünfziger Jahre ein spezifisches Feld ihrer Arbeit.

Dabei gingen wir in erster Linie davon aus, daß für Christen nicht das Ich, sondern das Wir im Vordergrund stehen sollte. Der Gemeinschaft zu dienen, das Gemeinwohl zu fördern, die eigenen Belange sinnvoll in die Interessen des gesellschaftlichen Ganzen einzuordnen — das sind Überlegungen, die für Christen ausschlaggebend sein sollten, wenn es gilt, den eigenen Platz in einer sich rasch verändernden Gesellschaft richtig zu bestimmen und dabei auch die Schranken bisheriger Vorstellungen zu überwinden. Mit solchen Beweisgründen gelang es, ungezählte christlich denkende Bauern für den Eintritt in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu gewinnen, Inhaber privater Industriebetriebe von den Vorteilen staatlicher Beteiligung zu überzeugen, Handwerker auf den Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu führen, private Einzelhändler und Gastwirte zum Abschluß eines Kommissionsvertrages zu bewegen.

Dabei handelte es sich nicht nur um neue Betriebsformen, sondern damit war vor allem ein oft komplizierter Prozeß des Umdenkens verbunden. Begreiflicherweise fiel es Bauern, deren Familien zuweilen schon seit Jahrhunderten mit ihrer Scholle oder ihrem Vieh verbunden waren, nicht immer leicht, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie diesen ererbten Besitz nun in größere Produktionseinheiten einbringen sollten. Viele Betriebsinhaber in Kleinindustrie und Gewerbe, also im Bereich der städtischen Mittelschichten und auch auf dem Lande, hatten sich innerlich von der Vorstellung zu lösen, daß sie Eigentum aufgeben sollten, das ihnen zum Teil von Generationen her überkommen war. Manche standen dem Sozialismus zunächst noch mißtrauisch

gegenüber und waren durchaus noch nicht voll davon überzeugt, daß er siegen werde. Der Gegner tat das Seine, um Vorbehalte zu nähren und Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR zu nähren, ja sogar zu offener oder versteckter Sabotage aufzureizen.

Um so notwendiger war eine ideenreiche Überzeugungsarbeit unserer Partei wie überhaupt aller gesellschaftlichen Kräfte, um den demokratischen und friedlichen Weg des Übergangs zum Sozialismus auch für diese Schichten zu bahnen. Vielen Klein-, Mittel- und auch Großbauern konnten wir in oft langwierigen Diskussionen nachweisen, daß sie ihrer Pflicht, für das Brot des Volkes zu sorgen, nun in der LPG mit weit höheren Ergebnissen nachkommen können als zuvor in ihrer einzelbäuerlichen Wirtschaft. Zahlreiche Privatunternehmer erkannten nach und nach, daß jetzt in ihrem staatlich beteiligten Betrieb der Makel, Ausbeuter zu sein, mehr und mehr von ihnen abfiel. Handwerker und Gewerbetreibende fanden Schritt für Schritt zu der Einsicht, daß sie in der Genossenschaft oder mit Hilfe eines Kommissionsvertrages ihrem Auftrag, die Mitbürger besser mit Dienstleistungen zu versorgen, effektiver gerecht werden konnten. Nebenher ergaben sich Vorteile ökonomischer Art auch für die Angehörigen der betreffenden Schichten selbst; so konnten wir verdeutlichen, daß im Sozialismus gesellschaftliche und persönliche Interessen prinzipiell übereinstimmen.

Eine neue Entwicklungsetappe

Wachsendes Wohl des Menschen — das ist Sinn und Zweck des Sozialismus. Daß gesellschaftliche und persönliche Belange hier in grundsätzlichem Einklang miteinander stehen, wird in unserer Republik besonders seit dem Beginn der siebziger Jahre für jeden immer deutlicher sichtbar. 1971 beschloß der VIII. Parteitag der SED — aufbauend auf den bis dahin erreichten Ergebnissen des sozialistischen Aufbaus — die Hauptaufgabe bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, steigender Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und wachsender Arbeitsproduktivität das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes weiter zu erhöhen. Seitdem wird die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich im Wesen der Hauptaufgabe ausdrückt, zu einer immer stärkeren Triebkraft für hohe Leistungen der Werktätigen zum

Nutzen des gesellschaftlichen Ganzen und jedes einzelnen. Die bedeutenden Erfolge im Wohnungsbau, dem Kernstück des sozialpolitischen Programms, sowie auf zahlreichen anderen Gebieten, die mit dem Leben der Bürger unmittelbar verbunden sind, bezeugen den erheblichen ökonomischen und sozialen Fortschritt, der auf dem Kurs der Hauptaufgabe erreicht werden konnte. Daran sind unsere Freunde in der Produktion, in den nichtmateriellen Bereichen und in der ehrenamtlichen gesellschaftlichen Tätigkeit auf dankenswerte Weise beteiligt.

Im Sinne der Hauptaufgabe wirkt das Mitglied, das an seinem Arbeitsplatz Bestleistungen vollbringt, ebenso wie der Unionsfreund, der sich in der Bürgerinitiative durch freiwillige Leistungen um bessere Lebensverhältnisse in seiner Wohnumwelt verdient macht. Für das Gelingen der Hauptaufgabe setzt sich der Wissenschaftler oder der Lehrer, der die junge Generation auf die Zukunft vorbereitet, ebenso ein wie der Kulturschaffende, der durch sein Werk den Menschen in unserer Gesellschaft dient und ihre geistigen Bedürfnisse befriedigen hilft. Gemäß der Hauptaufgabe handelt der Arzt, der sich um Gesundheit und Leistungsfähigkeit seiner Patienten oder um physisch und psychisch Behinderte sorgt, und gleichermaßen die Unionsfreundin, die in ihrem Hause oder in ihrer Nachbarschaft betagten Mitbürgern als Helferin der Volkssolidarität oder der Rot-Kreuz-Organisation zur Seite steht. Politik im Sinne der Hauptaufgabe macht — ungeachtet der Eigentumsform — der Unionsfreund, der als Handwerker sein Augenmerk vor allem auf Dienstleistungen und Reparaturen für die Mitbürger richtet, ebenso wie der Einzelhändler, der sein Warenangebot den Kunden in möglichst reichem Sortiment und mit hoher Verkaufskultur präsentiert. Der den Menschen zugewandte Sinn des Sozialismus, der sich in der Hauptaufgabe verkörpert, wird überall dort sichtbar und spürbar, wo das Wohlbefinden der Bürger gefördert wird und wo sich gute, kameradschaftliche und gegenseitig hilfreiche Beziehungen zwischen den Menschen entwickeln.

Daß sich die Gedanken- und Gefühlswelt der Menschen, daß sich ihr Verhältnis zueinander und ihre moralischen Auffassungen immer weiter im Sinne des Sozialismus verändern — das ist wohl die bedeutendste und für Christen wesentlichste Leistung, die unsere Gesellschaft im bisherigen Verlauf ihres Aufbaus und ihrer weiteren Gestaltung zu verzeichnen hat. Weil sie keine Ausbeuter und Unterdrücker mehr kennt, konnte an die Stelle des früheren Gegeneinander von Klassen und Schichten das vertrauensvolle, auf gemein-

samen Grundanliegen beruhende Miteinander befreundeter Klassen und Schichten treten, die sich immer mehr der Arbeiterklasse annähern. Unerläßliche Voraussetzungen dafür sind die sozialistischen Macht- und Produktionsverhältnisse. An diesem Wandel der Gesellschaftsverhältnisse und der Menschen verantwortlich mitgewirkt zu haben gehört zu der Erfolgsbilanz christlicher Demokraten aus vier Jahrzehnten.

Ungeteilter christlicher Dienst am gesellschaftlichen Ganzen

Damit haben wir geholfen, Gesellschaftszustände herbeizuführen, die christlichen Wertvorstellungen weitaus näher stehen, als das je bei einer in antagonistische Klassen gespaltenen Gesellschaft der Fall sein kann. Bei uns können Christen ihre persönlichen Fähigkeiten und ihren Willen zu materiellem wie geistigem Fortschritt zugunsten des Menschen ungeteilt in den Dienst am gesellschaftlichen Ganzen stellen, weil hier der gesamten Gemeinschaft und jedem einzelnen die Früchte vereinten Schaffens voll zugute kommen. Dieser Gewißheit entspringt enge Verbundenheit christlicher Bürger mit ihrem Staat. Aus gutem Grund können sie sagen: Wir haben Heimatrecht im Sozialismus — ja, mehr noch: wir gestalten ihn mit.

Daß christliche Bürger in wachsender Zahl nach dieser Erkenntnis leben und handeln, hat auch den Kirchen in unserem Lande in hohem Maße geholfen, ihren Standort im Sozialismus zu bestimmen. Anfänglich fiel es ihnen bei weitem nicht immer leicht, sich unter den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten richtig zu orientieren. Die Folgen jahrhundertelanger Allianz von Thron und Altar behinderten beispielsweise in Kreisen der evangelischen Kirchen die Suche nach einer verfassungs- und sachgerechten Position zum sozialistischen Staat. In einem nicht unkomplizierten „Lernprozeß“ — um eine Vokabel aus dem kirchlichen Bereich aufzugreifen — mußten sie selber klären, wie sie sich auf die neue politische und soziale Realität in unserem Lande einstellen wollten. Die staatlicherseits gewährleistete Gewissens- und Glaubensfreiheit, aber vor allem das überzeugende Auftreten der demokratischen Kräfte, namentlich auch unserer Partei, und nicht zuletzt die Erfahrungen der Gemeindeglieder im sozialistischen Alltag halfen kirchlichen Amtsträgern, zunächst zu staatsbürgerlicher Loyalität und dann häufig immer stärker auch zu staatsbürgerlichem Engagement zu finden, das auf der Einsicht in das Wesen des Sozialismus, seiner Gesellschafts- wie seiner Friedenspolitik beruht.

Im Laufe der Jahre festigte sich auch in kirchlichen Kreisen die Einsicht, daß die Deutsche Demokratische Republik eine dauerhafte, international anerkannte staatliche Realität ist. Das ständige Wirtschaftswachstum in unserem Lande, die darauf beruhende soziale Sicherheit und Geborgenheit seiner Bürger, ihre Zukunftsgewißheit — Tatsachen, die in deutlichem Gegensatz zu den Verhältnissen in kapitalistischen Ländern stehen — waren für viele kirchliche Amtsträger ein Anlaß, umzudenken und sich innerlich auf die sozialistische Wirklichkeit in unserem Staat einzustellen. Darüber hinaus bestätigte sich in der Praxis immer wieder, daß jedem Bürger unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seinem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis umfassende Möglichkeiten gegeben sind, aktiv an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken. Vor allem aber der Umstand, daß sozialistische Staatspolitik gleichbedeutend mit Friedenspolitik ist, trat Geistlichen und Laien, die in kirchlicher Verantwortung stehen, immer nachhaltiger ins Bewußtsein. Alle diese Einsichten bereiteten schrittweise den geistigen Boden für die Entwicklung verfassungsgerechter, zunehmend verständnisvoller und konstruktiver Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat.

Die evangelischen Landeskirchen in der DDR bestimmten sich Anfang der siebziger Jahre auf Synoden ihres Kirchenbundes als „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ von „Kirchen im Sozialismus“. Sie sind in wachsendem Maße bestrebt, diese Standortbestimmung mit Inhalt und Leben zu erfüllen. Die katholische Kirche weiß nach eigener Aussage zu schätzen, daß mit dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in der DDR eine Grundlage gegeben ist, auf der sich gegenseitiges Verständnis entwickeln kann und Sachfragen einvernehmlich geregelt werden können. Sie stimmt mit unserem Staat darin überein, die bestehenden Kontakte weiterhin vertrauensvoll zu freimütigem Meinungs austausch und zur Regelung solcher Sachfragen nutzen zu wollen. Die kleineren Religionsgemeinschaften unterhalten seit langem gute Beziehungen zu unserem Staat, dessen gesellschaftlicher und politischer Ordnung sie ihre Gleichberechtigung und Gleichachtung zu danken wissen. Sie halten ihre Glieder dazu an, für den Frieden und für das Wohl des Volkes zu wirken.

Unsere Partei hat dem Bemühen von Kirchen und Glaubensgemeinschaften, sich gesellschaftlich neu zu orientieren, seit jeher wichtige Impulse verliehen. Von unseren Parteitagen, den Sitzungen des Hauptvorstandes, den jährlich veranstalteten Tagungen seines Präsidiums zu den Themen „Tradition und Verpflichtung“ sowie „Bürgerpflicht und Christen-

pfligt“, von entsprechenden Veranstaltungen der Bezirks- und Kreisvorstände gehen seit langen Jahren für Theologen und kirchliche Amtsträger wesentliche Denkanstöße in dieser Richtung aus, die bis in kirchenleitende Kreise hinein mit wachsender Bereitwilligkeit aufgenommen werden. Auch durch unsere Aktivität in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei den Ausschüssen der Nationalen Front und durch unsere Teilnahme an Beratungen örtlicher Räte mit kirchlichen Amtsträgern haben wir den Klärungsprozeß im gesellschaftlichen Denken und Verhalten von Angehörigen kirchlicher Kreise maßgeblich fördern können.

Heute wird in diesen Kreisen allgemein anerkannt, daß die CDU als politische Partei — ohne sich in den Auftrag und die Belange der Kirchen und Religionsgemeinschaften einzumischen — christlichen Bürgern die Möglichkeit gibt, sich in bewußter, organisierter und wirksamer Weise am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und dadurch ihre staatsbürgerliche Mitverantwortung für das Ganze effektiv wahrzunehmen. Sie trifft ihre politischen Entscheidungen nach den Kriterien der Vernunft, berücksichtigt dabei geschichtliche Erfahrungen und wissenschaftlich erkannte Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung; sie mißt ihre Entscheidungen an den Maßstäben christlicher Ethik.

Durch ihr gesellschaftliches Wirken hat unsere Partei wesentlich dazu beigetragen, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes herauszubilden und zu vertiefen. Dieser wachsenden politisch-moralischen Einheit liegen „die gemeinsamen Interessen“ aller Klassen und Schichten — wie im Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag der SED festgestellt wurde — „an der Entwicklung einer Gesellschaft“ zugrunde, „die dem Wohle des Volkes und dem Frieden verpflichtet ist“. Ihrerseits ist die politisch-moralische Einheit des Volkes eine wichtige Triebkraft, diese Politik immer erfolgreicher in die Tat umzusetzen.

Unser oberstes Ziel heißt Frieden

Das grundlegende Anliegen unseres ganzen Volkes ist ein beständiger Frieden. Dieses Ziel ist oberste Staatsdoktrin der DDR. Gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft setzt sie alles daran, den Frieden zu bewahren und eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Noch nie war der Frieden seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in einem solchen Maße bedroht wie heu-

te durch die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise des USA-Imperialismus und der NATO. Um so mehr kommt es darauf an, das von ihnen verursachte Wettrüsten zu beenden und Schritte zu effektiver Abrüstung herbeizuführen, damit Berechenbarkeit und Vertrauen in den internationalen Beziehungen wiederhergestellt werden können. Das Streben unserer Republik und aller Bruderländer, die Rückkehr zur Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu ermöglichen und durch eine gedeihliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern, ist deckungsgleich mit dem Friedenswillen aller Völker und mit den wohlverstandenen Grundinteressen aller Staaten.

Wir christlichen Demokraten unterstützen die unermüdlichen Anstrengungen unserer Staatsführung, durch einen Dialog mit allen, die Realismus und guten Willen an den Tag legen, zu einer Koalition der Vernunft zu gelangen. Eine solche Koalition ist notwendig, um ein atomares Inferno zu verhüten und sich miteinander über die Lebensfragen der Menschheit zu verständigen. Eine solche Koalition ist möglich, weil das Interesse an beständigem Frieden alle, die guten Willens sind, miteinander verbindet – über politische und soziale, weltanschauliche oder religiöse Unterschiede hinweg.

Auf die wachsende Kraft des Sozialismus, auf den zunehmenden Umfang der weltweiten Friedensbewegung und ihrer Aktionen stützt sich unsere Zuversicht, daß die aufs äußerste gespannte Weltlage nicht unumkehrbar ist. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten verfügen über ein konkretes und konstruktives Programm, um durch Rüstungsstopp und Rüstungsabbau die weltpolitische Situation zu beruhigen und zu normalisieren. Dieses Programm ist realistisch, weil es das Endziel der Abrüstung mit gangbaren Teilschritten verbindet, die geeignet sind, durch Abbau der militärischen Konfrontation die internationale Lage gesunden zu lassen. Dieses Programm ist gerecht, weil es auf den unabdingbaren Prinzipien von Gleichheit und gleicher Sicherheit beruht und niemandem einseitige militärische Vorteile verschaffen würde. Während die Hochrüstungs politik der reaktionärsten Kreise des Imperialismus auf militärische Überlegenheit über den Sozialismus zielt, ist die Sicherheitspolitik der sozialistischen Gemeinschaft darauf gerichtet, das annähernde militärische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsländern der NATO, das sich als friedensstabilisierender Faktor erwiesen hat, zu bewahren und auf ein immer niedrigeres Niveau zu senken.

Die Rüstungen zu begrenzen und zu vermindern – dieses Ziel der sozialistischen Staaten trifft sich mit dem Streben der Friedenskräfte in aller Welt. In unserem Lande wirkt die Friedensbewegung im Einklang mit allen gesellschaftlichen Kräften, die unseren Staat tragen und seine Politik bestimmen. Christliche Demokraten arbeiten seit jeher im Friedensrat der DDR und in den Organisationen, die der Verständigung der Völker verpflichtet sind – in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in der Liga für Völkerfreundschaft der DDR und anderen Vereinigungen –, an verantwortlicher Stelle mit. Freunde unserer Partei gehörten zu den Mitbegründern der Christlichen Friedenskonferenz und der Berliner Konferenz europäischer Katholiken; in diesen Bewegungen, die eng mit dem Weltfriedensrat kooperieren, sind sie seitdem aktiv tätig. So helfen sie, die wachsende Einheit der Friedenskräfte auch international zu festigen, und bringen die Erfahrungen christlicher Demokraten bei der Verwirklichung sozialistischer Friedenspolitik in die weltweite Friedensbewegung ein.

Was wir christlichen Demokraten leisten, um unseren Staat allseitig zu stärken und gerade dadurch dem Frieden am wirksamsten zu dienen, wird über die Grenzen der DDR hinaus seit vielen Jahren immer stärker beachtet und gewürdigt. Unsere Erfahrungen finden Interesse bei Christen, die in ihren Ländern für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt eintreten. Ein brüderliches Verhältnis verbindet uns mit der Russischen Orthodoxen Kirche und anderen Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion. Mit unseren Freunden von der Tschechoslowakischen Volkspartei sind wir seit Jahrzehnten auf gemeinsamem Weg bei der Mitgestaltung des Sozialismus in unseren beiden Bruderländern. Eng arbeiten wir mit der Vereinigung PAX und auch mit der Christlich-Sozialen Gesellschaft in der Volksrepublik Polen zusammen. Auch in den anderen sozialistischen Bruderländern haben wir in christlichen Kreisen seit vielen Jahren gute Freunde. In vielen nichtsozialistischen Ländern nimmt die Zahl derer zu, mit denen wir im Gedanken- und Erfahrungsaustausch darüber stehen, wie Christen heute ihren Dienst am Frieden, am Wohlergehen ihrer Völker leisten. Mit unserem Wirken fördern wir zugleich die immer lebhafter werdende ökumenische Diskussion über den Weltbezug des Glaubens, über die Weltverantwortung von Christen und den Weltdienst von Kirchen in unserer Zeit.

*Mit klaren Positionen und reichen Erfahrungen
an die neuen Aufgaben*

In unserer Republik wird von allen gesellschaftlichen Kräften geschätzt und anerkannt, was unsere Partei dafür tut, aktives sozialistisches Vaterlandsbewußtsein bei christlichen Bürgern auszuprägen, sozialistische Persönlichkeitsmerkmale ihrer Mitglieder herauszubilden und damit staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein ständig weiterzuentwickeln. Politisch-ideologische Arbeit, die auf Taten für den Sozialismus und den Frieden zielt: das war und bleibt der Hauptinhalt unserer Parteiarbeit, das bestimmt den Sinn und die Richtung aller Leitungstätigkeit unserer Vorstände. Unverrückbare Ausgangspunkte dieser bewußtseinsbildenden Arbeit sind die drei Grundelemente unserer politisch-geistigen Haltung, in denen sich die Erfahrungen aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte konzentrieren und die uns auch auf unserem künftigen Weg leiten werden: die Treue zum Sozialismus, das kameradschaftliche Zusammenwirken mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft, die feste Freundschaft mit der Sowjetunion. Mit diesen Prinzipien und dem Willen, sie jederzeit in die Tat umzusetzen, tritt die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in das fünfte Jahrzehnt ihres Bestehens ein.

Wir überschreiten die Schwelle zu diesem neuen Abschnitt in der Geschichte unserer Partei zu einer Zeit, die uns zu neuen Taten für einen sicheren Frieden, für das Wohl der Menschen, das Glück des Volkes herausfordert. Mit den wachsenden Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst auch unsere Mitverantwortung. Es geht darum, den volkswirtschaftlichen wie den sozialen und kulturellen Leistungsanstieg, der für die erste Hälfte der achtziger Jahre charakteristisch war und ist, in ihrer zweiten Hälfte fortzusetzen. Das ist notwendig, um den Sozialismus weiter zu stärken und damit den Frieden zu sichern. In der Bereitschaft, unseren guten Anteil daran zu erbringen, und in der Gewißheit, damit christlicher Verantwortung wie demokratischer Verpflichtung zu entsprechen, gehen wir mit Zuversicht an die kommenden Aufgaben.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators
- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin
